Brandenburg

Cyber-Sicherheitsstrategie verabschiedet

[11.02.2026] Brandenburg hat erstmals eine landesweite Cyber-Sicherheitsstrategie verabschiedet. Damit reagiert das Land auf die wachsende Zahl von Cyber-Angriffen und setzt auf klare Zuständigkeiten, Frühwarnsysteme und den langfristigen Ausbau von IT-Sicherheit in Verwaltung und Kommunen.

Das Land Brandenburg hat – bereits im Januar 2026 – seine erste Cyber-Sicherheitsstrategie verabschiedet. „Die fortschreitende Digitalisierung macht digitale Prozesse und IT-Infrastrukturen zu einem unverzichtbaren Bestandteil der Handlungsfähigkeit öffentlicher Verwaltungen und der Justiz. Mit der zunehmenden digitalen Vernetzung aller gesellschaftlichen Akteure wachsen jedoch auch die Möglichkeiten für Cyber-Angriffe. Die Cyber-Sicherheitsstrategie umfasst alle wichtigen Maßnahmen, die wir ergreifen müssen, um zu mehr Sicherheit zu kommen. Jetzt kommt es darauf an, diese effizient umzusetzen“, erklärte dazu Digitalminister Benjamin Grimm.

Bedrohungslage im Blick

Laut dem aktuellen Lagebericht des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist die Zahl der Cyber-Angriffe in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Auch Brandenburg ist von diesen Bedrohungen betroffen. Jüngste Vorfälle im Land verdeutlichen laut einer Pressemeldung der Staatskanzlei, welche Gefahren von unzureichend gesicherten IT-Infrastrukturen für Verwaltung und Gesellschaft ausgehen können – und zeigen auch, wie wichtig es ist, konsequent und wirksam auf die wachsenden Cyber-Risiken zu reagieren.

Brandenburgs Cyber-Sicherheitsstrategie setzt auf einen strukturellen und dauerhaft angelegten Ausbau der Cyber- und Informationssicherheit. Zentrale Elemente sind der Aufbau einer landesweiten Koordinierungsstelle sowie die regelmäßige Überprüfung und Weiterentwicklung der bestehenden IT-Sicherheitsregelungen und der Cyber-Sicherheitsarchitektur. Kommunen sollen dabei stärker eingebunden werden, unter anderem durch die Etablierung eines landesweiten operativen Lagebildes zur Cyber-Sicherheit.

Strukturierter Ausbau und gemeinsame Standards

Ergänzend sieht die Strategie eine Verbesserung der Informations- und Frühwarnsysteme vor, etwa durch klar geregelte Meldepflichten. Regelmäßige Cyber-Sicherheitsübungen für die Verwaltungen des Landes sollen die Reaktionsfähigkeit im Ernstfall stärken. Zudem soll die Cyber- und Informationssicherheit systematisch in allen Landesvorhaben berücksichtigt werden, heißt es in der Pressemeldung weiter. Einheitliche Schulungskonzepte stellten sicher, dass die notwendigen Kompetenzen landesweit aufgebaut und fortlaufend vertieft werden.

Ein weiteres langfristiges Ziel der Landesregierung ist die Schaffung einer abgestimmten IT-Architektur für die öffentliche Verwaltung in Brandenburg. Geplant sei, die IT von der Infrastruktur bis zur Applikationsebene stärker zu konsolidieren und aufeinander abzustimmen, um das Sicherheitsniveau landesweit zu erhöhen. Diese Maßnahmen sollen zugleich dazu beitragen, Schwachstellen zu vermeiden,

die durch unkoordinierten Eigenbetrieb entstehen können.

(sib)

Stichwörter: IT-Sicherheit, Brandenburg, Cyber-Sicherheit, Politik